

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Keine Einigung im Plenum bei der Suizidhilfe

GABRIELA HEINRICH:

Das Ende von MINUSMA ist beschlossene Sache

CARSTEN TRÄGER:

Bund fördert Fahrradparkhaus in Fürth mit 1,25 Millionen Euro

MARTINA STAMM-FIBICH:

Mehr Elterngeld und Psychotherapien gefordert

Keine Einigung im Plenum bei der Suizidhilfe

Der Bundestag hat am Donnerstag, zwei Gesetzentwürfe von fraktionsübergreifenden Gruppen über eine Neuregelung der Suizidhilfe mehrheitlich zurückgewiesen. Einen gemeinsamen Antrag beider Gruppen mit dem Titel "Suizidprävention stärken" nahm das Parlament hingegen mit 692 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen an.

Keine Mehrheit für Initiativen zur Sterbehilfe

Die beiden Gesetzesinitiativen hatten am Mittwoch, 5. Juli, den federführenden Rechtsausschuss passiert. Zwei der ursprünglich drei eingebrachten Entwürfe legte der Ausschuss auf Antrag der beiden Gruppen zusammen. Der dritte Entwurf passierte das Gremium in geänderter Fassung. Beide Entwürfe einte, dass mit ihnen Voraussetzungen geschaffen werden sollten, unter denen Suizidwillige Zugang zu tödlich wirkenden Medikamenten erhalten können. Dazu waren unter anderem Änderungen im Betäubungsmittelgesetz vorgesehen. Beide Entwürfe sahen zudem eine Regulierung der Werbung für Hilfe zur Selbsttötung im Heilmittelwerbegesetz sowie jeweils eine Evaluierung vor.

Der Entwurf der Gruppe unter anderem um die Abgeordneten Dr. Lars Castellucci (SPD), Ansgar Heveling und Stephan Pilsinger (beide CDU/CSU), Dr. Kirsten Kappert-Gonther und Dr. Konstantin von Notz (beide Bündnis 90/Die Grünen), Petra Pau und Kath-

rin Vogler (beide Die Linke) sowie Benjamin Strasser (FDP) strebte eine Regelung im Strafgesetzbuch an, die geschäftsmäßige Hilfe zur Selbsttötung grundsätzlich unter Strafe stellt – und Ausnahmen normiert, unter denen Förderungshandlungen nicht rechtswidrig sind. In der namentlichen Abstimmung im Parlament sprachen sich 363 Abgeordnete gegen den Entwurf aus. 303 Parlamentarier votierten für ihn, 23 enthielten sich der Stimme.

Der zusammengelegte Entwurf der Gruppen unter anderem um die Abgeordneten Katrin Helling-Plahr und Otto Fricke (beide FDP), Dr. Petra Sitte (Die Linke), Helge Lindh (SPD) und Dr. Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die Abgeordneten Renate Künast, Dr. Nina Scheer (SPD), Katja Keul, Canan Bayram, Lukas Benner und Matthias Gastel (alle Bündnis 90/Die Grünen) sowie Dr. Edgar Franke und Dirk Heidenblut (beide SPD) sah im Kern ein neues Suizidhilfegesetz vor. Darin sollte das Recht auf Hilfe zur Selbsttötung und auf Unterstüt-



Der Bundestag debattiert über die Themen Sterbehilfe und Suizidprävention – ohne Einigung.
Foto: DBT/Achim Melde/photothek

zung von suizidwilligen Personen normiert werden. Die Länder sollten dafür Sorge tragen, staatlich anerkannte Beratungsstellen einzurichten. Im Parlament fand auch dieser Entwurf keine Mehrheit: 375 Abgeordnete votierten gegen die Vorlage, 286 Parlamentarier stimmten dafür, es gab 20 Enthaltungen.

Wesentliche Unterschiede der Entwürfe betrafen die Form und den zu involvierenden Personenkreis der notwendigen Untersuchungen bzw. Beratung als Voraussetzung für die Verschreibung eines tödlich wirkenden Medikaments sowie Warte- und Höchstfristen für Untersuchungs- und Beratungstermine sowie die Verschreibung des Medikaments. Beide Entwürfe sahen unter bestimmten Voraussetzungen Härtefallregelungen vor.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Das Ende von MINUSMA ist beschlossene Sache

Vor Kurzem hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Mandat in Mali – MINUSMA – beendet. Das bedeutet, dass über 1000 Bundeswehr-Soldaten abgezogen werden. Worauf kommt es jetzt an?

In seltener Einstimmigkeit hat der UNO-Sicherheitsrat beschlossen, dass die Mission MINUSMA auf Ersuchen der malischen Regierung mit dem Abbau ihrer Präsenz beginnt. Bis zum 1. Januar 2024 sollen sich die internationalen Truppen vollständig aus Mali zurückziehen. Damit entfällt der Auftrag der Bundeswehr. Bereits am 26. Mai 2023 hatte der Bundestag letztmalig das Bundeswehr-Mandat verlängert. Die Bundeswehr hat eine bedeutende Rolle eingenommen, das Friedensabkommen in Mali zu überwachen und zu unterstützen.

Ein Großteil der deutschen Soldatinnen und Soldaten ist in Gao im nördlichen Mali stationiert. Mittlerweile ist dort letztlich eine kleine Militärstadt entstanden – mit Krankenhaus, Kirche und Tankstelle. Das Einsatzführungskommando hatte angekündigt, dass der Fokus der Bundeswehr in Mali bereits auf der Rückführung von Personal und Material liege. Heißt mit anderen Worten: Die Soldatinnen und Soldaten packen zusammen. 1500 Container würden voll werden. Das alles muss mit Bundeswehrflugzeugen ausgeflogen werden, weil die Straßen über Land zu gefährlich sind. Waffen müssen ausnahmslos mitgenommen



Verteidigungsminister Boris Pistorius zu Gast im Auswärtigen Ausschuss unter der Leitung von MdB Michael Roth.

Foto: DBT/Kira Hofmann/photothek

werden, die dürfen nicht in die Hände von Milizen und Terroristen fallen. Andere Sachen können vielleicht sogar in Mali bleiben und dort der Zivilbevölkerung zu Gute kommen.

Natürlich muss sich die Bundeswehr beim Zusammenpacken und beim Abzug schützen. Der Sicherheitsrat erlaubt, dass sich die internationalen Truppen bis zu ihrem kompletten Abzug verteidigen dürfen, wenn sie angegriffen werden. Bis zum 30. September 2023 dürfen sie auch mit Waffen die Bevölkerung im Land schützen, wenn dieser Gewalt droht. Analysten rechnen damit, dass der Abzug bis zum Jahresende geschafft werden kann. Boris Pistorius spricht von einem schnelleren, aber in jedem Fall weiter geordneten Abzug der Bundeswehr aus Mali. Das Verteidigungs-

ministerium hatte verlautbaren lassen, dass man sogar innerhalb von Tagen abziehen könne, wenn Gefahr droht. Das würde aber sehr hohe Kosten verursachen, deswegen hofft man auf den geordneten Abzug.

Risiken gibt es durchaus! Jahreszeitlich drohen Sandstürme und starker Regen. In der Nähe des deutschen Camps campieren russische Wagner-Söldner. Die Flüge mit Mensch und Material müssen von der malischen Regierung genehmigt werden. Alles das sind Unwägbarkeiten, die den Abzug der Bundeswehr verzögern könnten oder sogar unsere Soldaten in Gefahr bringen.

Ich hoffe sehr, dass alle Soldatinnen und Soldaten gesund aus Mali herauskommen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Bund fördert Fahrradparkhaus in Fürth mit 1,125 Mio. Euro

Die Stadt Fürth möchte am Hauptbahnhof ein modulares, automatisiertes Fahrradparkhaus in Turmform mit mindestens 120 Stellplätzen bauen. Im Rahmen des Förderprogramms „Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen“ fördert der Bund dieses wichtige Vorhaben mit mindestens 1,125 Millionen Euro.

Mobilität der Zukunft bedeutet, alle Verkehrsarten im Blick zu haben – und ganz besonders auch deren intelligente Verknüpfung. Gemeinsam mit den Koalitionspartnern haben wir deshalb das Förderprogramm „Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen“ aufgelegt und fördern in ganz Deutschland den Bau von solchen sicheren, komfortablen und wettergeschützten Abstellmöglichkeiten.

Nach Untersuchungen in deutschen Großstädten führen mehr als 40 % der Autofahrten über eine Strecke von weniger als fünf Kilometer Länge. Ein großer Teil dieser Fahrten könnte auch mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, elektrisch oder konventionell – wenn die für sicheren und komfortablen Radverkehr nötige Infrastruktur vorhanden ist.

Das hat Vorteile für alle: Jede Radfahrt, die eine Autofahrt ersetzt, verringert den motorisierten Verkehr und verbessert damit den Verkehrsfluss für diejenigen, die auf Autos oder Lieferwagen angewiesen sind. Es entstehen neue Freiräume für mehr Lebensqualität in den dicht besiedelten Stadtquartieren. Die Verlagerung der Mobilität auf attraktive Alternativen zum motorisierten Individualverkehr hat große Bedeutung für die Erreichung unserer Klimaziele. Und zusätzlich ist Radfahren sauber, gesund – und macht Spaß.



So oder so ähnlich könnte das geplante Fahrradparkhaus in Fürth aussehen.

Während auf der Bahnhof-Südseite in der Fürther Ludwigstraße aktuell 100 meist voll ausgelastete Fahrradständer zur Verfügung stehen, sind am Bahnhofsplatz selbst zu wenig Plätze vorhanden. Das neue Parkhaus soll Abhilfe schaffen: Nach den aktuellen Planungen soll es auf einer Fläche von rund 100 m² in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs errichtet werden. Es soll Schließfächer und eine Service-Station enthalten, zusätzlich sind Lademöglichkeiten für E-Bikes, Flächen für Anhänger und Lastenrad-Stellplätze vorgesehen. Auch die Umgebung, insbesondere die Zufahrt und die Weg-

weisung, soll entsprechend gestaltet werden. Die Stadt rechnet mit Kosten von 1,5 Millionen Euro, von denen mindestens 75 % der Bund übernimmt. Da Fürth eine finanzschwache Kommune ist, steht in der zweiten Projektphase nun sogar eine Förderung in Höhe von 90 % in Aussicht. Die Realisierung soll bis 2026 erfolgen.

Dass Fürth nun auch von diesem Programm profitieren kann, freut mich sehr. Fahrradabstellmöglichkeiten sind ein wichtiger Baustein für die umweltfreundliche, saubere und bequeme Mobilität von morgen. Das neue Parkhaus wird einen Engpass beseitigen und ein attraktives Angebot für den Berufs-, Alltags- und Freizeitverkehr, vor allem auch die Bahnpendler schaffen.

Insgesamt stellt der Bund in dieser Förderrunde 55 Millionen Euro zur Verfügung für 37 Parkhausbauten. 170 Vorhaben waren beantragt worden. Dass Fürth zum Zuge kam, ist keineswegs selbstverständlich – aber auch der Haushaltsausschuss des Bundestags hat erkannt, dass dieses Projekt in Fürth hohe Strahlkraft für die gesamte Metropolregion hat und die Anzahl der Radfahrenden in Verbindung mit dem Schienenverkehr erheblich vergrößern kann. Ich freue mich darauf!



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mehr Elterngeld und Psychotherapien gefordert

Diese Woche ging es zwei Mal ums Geld im Petitionsausschuss: Mehr Elterngeld und eine bessere Psychotherapeuten-Weiterbildung forderten zwei Petitionen die beide mehr als 50.000 UnterstützerInnen fanden.

„Elternzeit und Elterngeldbezug dürfen kein Einfallstor in Familienarmut und Wohlstandverlust sein“, warnte die Elterngeld-Petentin Frau Weckmann. Seit 2007 seien die Elterngeldsätze nicht erhöht worden. Besonders davon betroffen: Mütter. Aus Sicht der Petentin braucht es deshalb u.a. eines regelmäßigen Inflationsausgleichs. Zu der im Koalitionsvertrag geplanten Dynamisierung des Elterngeldes gibt es jedoch aktuell keinen Fahrplan, sagte die PStS Deligöz. Das Vorhaben stehe unter dem Haushaltsvorbehalt. Wir als SPD werden uns dafür einsetzen,

dass die gleichstellungspolitischen Vorhaben im Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Eltern sollen die Möglichkeit haben, Familien- und Erwerbsarbeit gut miteinander zu vereinbaren.

In Gefahr sah die zweite Petition die „Zukunft des psychotherapeutischen Nachwuchses“. Die unzureichende Finanzierung der ambulanten und stationären Weiterbildung gefährde die Qualifizierung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Es sei deshalb dringend erforderlich, jetzt gesetzliche Grundlagen für die notwendige Finanzierung zu schaffen. „Intensiv prüfen“ wird das BMG die bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung versprochen PStS Franke, denn selbst wenn derzeit ein „Run auf das Psychologiestudium“ zu verzeichnen ist, drohen Nachwuchsprobleme



Vorsitzende des Petitionsausschusses:
Martina Stamm-Fibich *Foto: DBT*

im Bereich der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Die Diskussion war erst der Auftakt der Petitionen, es wurde noch nicht über sie abgestimmt.

Bundestag stärkt Suizid-Prävention

In der letzten Woche wurde im Bundestag die Neuregelung der Sterbehilfe diskutiert. Leider konnten sich die Abgeordneten nicht auf eine gemeinsame gesetzliche Regelung einigen. Besser sieht es im Bereich der Suizidprävention aus. Hier wurde der von mir mitverfasste Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Im Jahr 2021 haben sich in Deutschland 9215 Menschen das Leben genommen. Das sind dreimal so viele Menschen, wie durch Unfälle im Stra-

ßenverkehr sterben. Leider wird in Deutschland viel zu wenig über den Tod und das Sterben gesprochen. Suizidalität ist ebenfalls ein Tabuthema. Durch die gesellschaftliche Stigmatisierung fühlen sich viele Menschen in Deutschland nicht dazu in der Lage über Selbstmordgedanken zu sprechen. Dem muss die Politik etwas entgegensetzen.

Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf bis zum 30. Juni 2024 ein Gesetz und eine Strategie zur Suizidprävention vorzulegen.

Darin sollen unter anderem folgende wichtige Punkte enthalten sein: Wir brauchen einen deutschlandweiten Suizidpräventionsdienst. Gleichzeitig müssen wir in die Forschung investieren um Prävention zielgerichteter zu machen.

Abschließend ist eine bedarfsgerechte psychotherapeutische, psychiatrische, psychosoziale und palliativmedizinische Versorgung sicherzustellen.